

Antrag Aktuelle Stunde
Fraktion der AfD
Sorgen und Anliegen aus der hessischen Bevölkerung ernst nehmen.
Montagsspaziergänge dürfen nicht kriminalisiert werden.
– Drucksache 20/7779

Rede Rolf Kahnt am 03. Februar 2022

<https://youtu.be/SK3Y-ODVFCs?t=415>

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Schon Titel und Sprache der Rechtsaußenfraktion verheißen einmal mehr nichts Gutes. Sie unterstellt, Sorgen und Anliegen der Bevölkerung würden nicht ernst genommen, und Montagsspaziergänge würden kriminalisiert. – Nichts von dem ist richtig.

Das Demonstrationsrecht und die freie Meinungsäußerung sind Elemente unserer freiheitlichen Ordnung. Gefährdet werden sie allerdings durch populistisch orientierte Haltungen derer, die vereint mit Rechtsextremen, Corona-Leugnern, Impfgegnern, Verschwörungssüchtigen untergehakt und im Gleichschritt mitmarschieren und verwerfliche Ziele verfolgen.

Selbst nach Monaten der Pandemie ist die AfD nicht einmal ansatzweise Teil einer vernünftigen Lösung. Sie ist selbst das Problem. Einmal mehr versucht sie, die überwiegende Mehrheit Besonnener vor ihren Karren zu spannen. Es ist ihr geradezu recht, dass friedlich Demonstrierende von lautstarken rechtsextremen Mitläufern unterwandert werden wie dem Dritten Weg, Reichsbürgern, Freien Sachsen, Identitären und naziaffinen Gruppierungen. Sie alle eint, verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen.

Ihr Glaubensbekenntnis ist, pandemieerforderliche Maßnahmen mit Verhältnissen in einer Diktatur zu vergleichen. All diese Irrläufer befinden sich samt ihrer kruden Gedankenwelt auf dem Holzweg. Schamlos ist, dass die Hintermänner im gegnerischem Maskulinum bewusst Ängste, Sorgen und Zweifel bei den friedlich Demonstrierenden schüren. Sie stiften Unruhe und wollen unsere Gesellschaft spalten.

Die Rechtsaußenfraktion distanziert sich nirgendwo von alldem. Sie betrachtet es offensichtlich als ihre originäre Aufgabe, Keile in unsere Gesellschaft zu treiben. Dem stellen wir uns heute und auch morgen entgegen. Wenn friedliche Corona-Demonstrationen als Plattform für Hass und Hetze missbraucht werden, müssen wir uns wehrhaft zeigen. Um Missverständnissen vorzubeugen, sage ich: Politische Entscheidungen kritisch zu hinterfragen, gegensätzliche Meinungen zuzulassen und gemeinsam mehrheitsfähige Lösungen anzustreben, das gehört zum Kern einer jeden Demokratie. Friedlich miteinander reden, ja, aber mit Gewalt zu demonstrieren, nein.

Wer zu Gewalt aufruft oder Gewalttaten begeht und mit rechtsextremen Absichten Spaltungen vorantreibt und einen Systemsturz bewirken will, der verlässt den Boden unserer freiheitlichen Grundordnung. Bildlich gesprochen, die rote Karte und ein Platzverweis für Uneinsichtige sind nur die mildesten Sanktionen.

Gott sei Dank will Bundesinnenministerin Faeser da mit konsequenter Strafverfolgung durchgreifen. Das ist gut so. – Vielen Dank.